

## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr am Montag, dem 29. September 2008, im Conversationshaus, Weisser Saal

Beginn der öffentlichen Sitzung: 18:00 Uhr  
Ende der öffentlichen Sitzung: 21:10 Uhr

### Anwesende Ausschuss-Mitglieder:

Vorsitzender Wehlage  
RM Harms  
2. stv. BM Plavenieks  
BG Vollmer  
RM Nüchter (beratendes Mitglied)  
RM Pohl  
BG Visser  
RM Onnen

### Enschuldigt fehlt:

RM Aldegarmann  
RM Stange

### Außerdem anwesend:

Herr Sund, Fa. Niemann  
Dipl.-Ing. Kühn  
PHK von der Osten

### Von der Verwaltung:

BM Salverius  
AV Ulrichs  
StAR Vißer  
Verwf.-Ang. Bohlen für die Niederschrift

## Tagesordnung

### **1. Eröffnung der öffentlichen Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung**

Der Vorsitzende Wehlage eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit der Ausschussmitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßt Herrn Sund von der Firma Niemann & Partner.

Ihm wird vom 2. stv. BM Plavenieks im Namen der Freien Wählergemeinschaft Norderney (FWN) ein Antrag zur Verkehrsregelung auf Norderney übergeben.

### **2. Genehmigung der Niederschrift über die Ausschusssitzung am 15. Juli 2008**

Bei 2 Enthaltungen, eine wegen Nichtteilnahme, genehmigt.

### **3. Tagesordnungspunkt 1: Ertüchtigung der Zufahrtstraße vom Fähranleger zur Offshore-Kabeltrasse**

BM Salverius spricht die Gesamtkosten des Projekts in Höhe von 6.000.000 € an und erklärt, dass hierbei mit Fördermitteln des Landes zu rechnen ist, fraglich sei allerdings der Zeitpunkt. Es sei mit dem zuständigen Bearbeiter des NLStBV in Oldenburg diskutiert worden. Man ist übereingekommen, die Maßnahme nicht aufzuschieben, auch im Hinblick auf die höchstwahrscheinliche Kostenexplosion gerade im Bereich Straßenbau in den kommenden Jahren. Die Empfehlung der Verwaltung ist daher, in das Projekt einzusteigen.

2. stv. BM Plavenieks fragt nach, was unter Folgearbeiten der WBN in Höhe von 500.000 € zu verstehen ist, insbesondere was mit dem Begriff Wunscharbeiten gemeint und ob diese zwingend nötig sind.

BM Salverius erläutert, dass es sich hierbei um Umlegungen von Leitungen handelt, die insofern unvermeidlich sind, als dass man die Erneuerung der einzelnen Straßenabschnitte nicht vornimmt, um danach festzustellen, dass aufgrund eines mangelnden Unterbaus die Straße nach 1 oder 2 Jahren wieder aufgerissen werden muss.

Eingangs der Präsentation der einzelnen Kreuzungsbereiche auf dem Weg vom Hafen zur Kabeltrasse weist BM Salverius noch einmal darauf hin, dass das Landesamt für Straßenbau und Verkehr in Oldenburg Maßnahmen des Rückbaus, zur Verkehrsberuhigung und die Straßenbeleuchtung gemäß der Förderrichtlinien nicht fördern kann und wird, was bedeutet, dass derartige Maßnahmen, so sie denn beschlossen werden, zur Gänze zulasten des Trägers gehen.

Zunächst wird der Bereich Deichstraße/Lüttje Legde behandelt. Es war vorgesehen, hier nur noch zwei Fahrspuren herzustellen. Maßnahmen des Rückbaus und die Verlegungen von Rohren oder Leitungen werden nach der Berechnung von Herrn Sund Kosten von 110.000 € zur Folge haben, die als Mehrkosten anfallen und nicht übernommen werden. RM Harms sieht die Notwendigkeit eines Umbaus nicht. Er hält es für sinnvoller, die hier entstehenden Mehrkosten zunächst einzusparen, um sie an anderer Stelle aufzuwenden, wo eine Umgestaltung unvermeidbar ist. BM Salverius teilt die Ansicht, im besagten Bereich die Verschleißschicht lediglich abzuschälen und den Auftrag eines neuen Aufbaus und einer neuen Verschleißschicht vorzunehmen.

Vorsitzender Wehlage wirft ein, dass es noch eine andere Möglichkeit gäbe, und zwar die, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln und den Geldern, die EON für das Projekt bereitstellt, ein kleineres Projekt zu fahren und sich nicht vom Land Niedersachsen majorisieren zu lassen. Seiner Ansicht nach würde es ausreichen, die Straße auszubessern und abgängige Stellen nur zu flicken, statt sich auf die hohe Ebene zu begeben und eine „Schnellstraße“ zu bauen. BM Salverius wendet ein, dass es hier nicht darum geht, eine „Schnellstraße“ zu errichten, sondern eine Straße, die abgängig ist, so zu erneuern, dass sie den Belastungen standhält, die auf sie einwirken, und das nicht nur kurzfristig, sondern auf lange Sicht gesehen. Er weist in diesem Zusammenhang auch auf den hiesigen Busverkehr hin, dem die Straße ganzjährig standhalten muss und hält die sich der Stadt Norderney jetzt bietende Möglichkeit zur Erneuerung der Straße als eine Chance, die unbedingt genutzt werden sollte.

Vorsitzender Wehlage bittet um Abstimmung. Ergebnis: 5 Stimmen gegen den Rückbau, 2 Stimmen dafür.

Es folgt der Bereich Deichstraße/Richthofenstraße. Für den Ausbau dieses Verkehrsknotenpunkts hatte der Ausschuss in vorherigen Fachausschusssitzungen die Variante 4 (siehe Anlage) für die Umgestaltung favorisiert. Dieser Umbau würde laut BM Salverius „richtig Geld kosten“ (die Rede ist von 60.000 bis 80.000 €). Er wäre nicht förderfähig, da eine Verkehrsberuhigung im Vordergrund steht.

Daher ist im Nachhinein eine 5. Variante (siehe Anlage) entwickelt worden, die förderfähig sein dürfte.

Im Folgenden wird eingehend diskutiert, welchen Weg man beschreiten soll. Herr Harms wirft mehrfach ein, den Bereich so zu belassen, die Qualität zu verbessern und nur die Vorfahrtsregelung zu ändern. Ihm wird mehrfach erklärt, dass die Kreuzung nicht in ihrem jetzigen Zustand belassen werden kann und unbedingt eine Verkehrsberuhigung erzielt werden sollte. Obwohl BM Salverius der Ansicht ist, dass man mit dem Kompromiss ganz gut leben kann, findet die neu entwickelte Variante 5 wenig Anerkennung im Ausschuss. Auf Befragen

von PHK von der Osten bestätigt dieser die Annahme, dass bei einem Umbau nach der neuen Variante keinerlei Verkehrsberuhigung – wenn nicht das Gegenteil – erzielt würde. Er favorisiert daher aus verkehrspolitischen Gründen weiterhin die Variante 4. BG Visser bringt noch einmal das Thema Kreisverkehr zur Sprache. Dem wird jedoch eine Absage erteilt, weil der vorhandene Platz nicht den vorgeschriebenen Größen eines Kreisverkehrs entspricht. Daraufhin leitet Vorsitzender Wehlage über und fragt allgemein, ob es daher nicht sinnvoll wäre, sich für die im Vorfeld angestrebte Variante 4 zu entscheiden; diese sei seiner Meinung nach auch die, welche in der Bevölkerung die meiste Zustimmung gefunden habe.

BM Salverius nennt abschliessend die Fakten: aus Oldenburg kam ein Nein, was die Übernahme der Kosten für die Kreuzung betrifft, so wie die Stadt Norderney die Gestaltung vornehmen möchte. Also bleibt eine Kompromisslösung, welche die Bereitstellung von Landesmitteln sichert, oder der Träger zahlt die Kosten aus eigener Tasche. Wieder wird nach den Kosten gefragt und BM Salverius erläutert erneut, dass diesbezüglich noch keine konkrete Summe genannt werden kann. Herr Wehlage bittet diesbezüglich um Entwicklung einer Kostenschätzung.

Darauf folgt die Abstimmung mit einem einstimmigen Ergebnis bei 1 Enthaltung für die Variante 4.

Der Bereich Meierei war bereits im Vorgespräch geklärt. Der Vorplatz vor der Meierei ist Angelegenheit der Stadt Norderney und bedeutet insofern Mehrkosten. Alles andere wie Bushaltestellen und Querungshilfe sind förderfähig. RM Harms bringt das Gespräch auf die Breite der Querungshilfe. Diese ist in der Skizze mit 3 m beziffert; im Vorgespräch war jedoch die Rede von einer Reduzierung auf 2 m Breite.

Es folgt die Abstimmung unter der Vorgabe, dass die Querungshilfe tatsächlich 2 m breit werden soll. Im Ergebnis sind 5 Stimmen für die besprochene Umsetzung dieses Bereichs.

Im Bereich des Tierfriedhofs war eine Querungshilfe gewünscht. Dies wäre jedoch eine Verkehrsberuhigung und ist somit nicht förderfähig. Ferner hat die Landesbehörde keine Veranlassung für eine solche Einrichtung an dieser Stelle gesehen, da sie zu wenig frequentiert ist. Herr Wehlage zeigt wenig Verständnis für diese Ansicht und bemängelt, dass die im Vorfeld getroffenen Wünsche oder Anregungen nicht in die Tat umgesetzt werden.

BM Salverius erinnert daran, dass die vorläufigen Planungen das Maximum an Möglichkeiten waren, die alle aufgenommen wurden, von denen aber von vornherein klar war, dass nicht alle Wünsche zu realisieren sein würden.

Herr Vollmer gibt zu bedenken, dass die Gefahr einer Rennstrecke bestehe. PHK von der Osten ist zwar teilweise derselben Ansicht, äussert aber gleichzeitig, dass es Einzelfälle immer geben wird. Man könne nur auf die Vernunft des Einzelnen hoffen, der vielleicht durch häufige Polizeikontrollen vorsichtiger fährt.

Mit 5 Stimmen wird der Aufgabe der Querungshilfe zugestimmt.

Der nächste Punkt ist die Kreuzung Weiße Düne. Der Umbau würde wie beschlossen gefördert. Abstimmung über die Umsetzung: einstimmige Befürwortung.

RM Visser verlässt die Sitzung um 19:20 Uhr.

Der nächste Punkt ist der Bereich Dünensender/Jugendherberge. Die Erweiterung um zwei Bushaltestellen und eine Querungshilfe sind nach Ansicht der Verkehrsbehörde förderfähig. Der Ausschuss beschliesst die vorgeschlagene Variante einstimmig.

Der folgende Punkt ist der Einmündungsbereich zum Campingplatz „Um Ost“. Die Umlegung einer Bushaltestelle sowie die Querungshilfe und Errichtung einer Mauer, um Fussgänger und Radfahrer zu leiten, werden von der Landesbehörde befürwortet.

Herr Plavenieks fragt nach, ob hier nicht noch Einsparpotential vorhanden wäre. BM Salverius bestätigt, dass von den angesetzten 84.000 €, die für diesen Bereich veranschlagt wurden, sicher noch einiges an Kosten wegfallen wird.

Einstimmige Befürwortung dieser Variante durch den Ausschuss.

Abzweig Flughafen: der Rückbau wurde genehmigt unter dem Gesichtspunkt, dass die Bushaltestelle an geeigneterer Stelle errichtet wird.

Auch hier wird vom Ausschuss einstimmig beschlossen, dieser Lösung zu folgen.

Bei der neuen Bushaltestelle wird die Umlegung des 200 m langen Rad-Fußwegs an die Fahrbahn heran ebenfalls gefördert. Auch diese Variante wird einstimmig beschlossen.

Bereich Leuchtturm: hier soll ein Teil der Düne abgetragen und eine neue Stützmauer errichtet werden, damit eine Fahrbahn von 6 m Breite und daneben ein Fuß-Radweg von 2 m Breite entstehen kann. Diese Maßnahme wird durch die Landesbehörde als förderfähig angesehen. Die Abstimmung über diesen letzten Punkt ergibt 5 Stimmen für den Umbau und 1 Stimme dagegen.

BG Visser ist wieder anwesend.

RM Pohl verlässt an dieser Stelle die Sitzung.

Zuletzt beratschlagt der Ausschuss über den Krötentunnel, der im Bereich Eisteich und Am Fischerhafen entstehen soll. Die Kosten würden 18.000 € betragen, inklusive der mobilen Wände zur Führung der Kröten, die im Frühjahr aufgestellt und danach wieder entfernt würden.

Eine Bezuschussung durch das Land wäre unter Angabe von Sinn und Zweck der Maßnahme unter Umständen möglich.

Die Abstimmung ergibt 3 Stimmen für den Krötentunnel und drei Enthaltungen.

RM Pohl ist wieder anwesend.

Zur weiteren Vorgehensweise erläutert BM Salverius, dass jetzt eine Aufarbeitung der Zeichnungen erfolgen wird, damit ein kompletter Antrag erstellt werden kann. Im Jahr 2009 findet hoffentlich eine Aufnahme in den Landesverkehrsplan und somit auch eine finanzielle Berücksichtigung statt. Ziel ist es im Moment, dass im Frühjahr/Sommer 2009 die Ausschreibungen erfolgen können und man im Herbst 2009 mit den eigentlichen Baumaßnahmen beginnen kann.

#### **4. Beratung über das Verkehrskonzept der Stadt Norderney**

Anlass, diesen Punkt aufzugreifen, war das zu hohe Verkehrsaufkommen in der Innenstadt sowie zahlreiche Beschwerden von Gästen, die auf den mangelnden Kurortcharakter abzielen. Vorsitzender Wehlage zieht ein halbes Jahr nach Beginn des neuen Verkehrskonzepts Bilanz: er hält die Bevölkerung für zweigeteilt. Ein Teil verurteilt das Modell nach wie vor, weil die Verkehrswege ihrer Ansicht nach zu lang sind, der andere Teil jedoch findet, dass es sich durchaus gelohnt hat, die Anfahrtswege auf Deich- und Hafenstraße zu verlegen, da diese Straßen keine Wohnstraßen sind und von Kurgästen wenig aufgesucht werden.

Seiner Ansicht nach hat dieses Verkehrskonzept zu einer Verringerung des Verkehrsaufkommens in der Zone 2 (Jann-Berghaus-Straße) geführt, ebenso zu einer Entlastung der Richthofen- und Südstraße. Der Schulweg für viele Grundschüler sei so wesentlich sicherer geworden.

Über allem steht aber immer noch die Frage: wie kann man die Innenstadt beruhigen und wie kann man den Belangen unserer Gäste gerecht werden, also wie kann Norderney ein moderner Kurort werden.

Der Vorsitzende gibt das Wort an die Fraktionen ab.

RM Harms hat zu diesem Thema eine komplett andere Ansicht und favorisiert – zumindest in den Wintermonaten – eine beidseitige Öffnung des Bereichs Mühlen-/Jann-Berghaus-Straße. Er schlägt vor, dass der Antrag der FWN vom 2. stv. BM Plavenieks verlesen wird.

Dieser kommt daraufhin auf seine Konzeption zu sprechen, die in Antragsform verfasst ist (siehe Anlage) und 12 Punkte enthält, in denen sich seiner Ansicht nach der Bürger wiederfindet.

Im Folgenden wird der komplette Antrag verlesen. Zunächst sind Zwischenfragen zugelassen, dann stellt sich aber heraus, dass der Antrag in seiner Gesamtheit dann nicht optimal dargestellt werden kann, wenn einzelne Punkte zwischendurch diskutiert werden.

Daher wird nun zunächst der gesamte Antrag vorgestellt. Im Anschluss daran lässt der Vorsitzende ohne weitere Beratung über diesen Antrag abstimmen. Das Ergebnis sind 4 Stimmen, die den Antrag befürworten. Herr Vollmer wirft ein, was diese Abstimmung überhaupt bezwecken soll, denn der Ausschuss sei kein Beschlussgremium.

Auch BM Salverius äussert Bedenken bezüglich dieses Beschlusses und fragt sich, ob sich die Öffentlichkeit eigentlich ganz im Klaren sei, über was da eben abgestimmt wurde. Als Beispiel führt er den Wegfall des Nachtfahrverbots in der Süd- und Südhoffstraße an.

Auf Befragen des Vorsitzenden, wie denn die Punkte nun umzusetzen seien, erklärt Herr Plavenieks, dass es sich bei dem Antrag um eine Beschlussempfehlung handelt, die nun in den Verwaltungsausschuss weitergegeben und dort aufgearbeitet wird.

BG Visser äussert in diesem Zusammenhang ebenfalls Bedenken. Er ist jedoch der Ansicht, dass sich der vorgetragene Antrag nicht ganz so leicht in die Tat umsetzen lässt. Grundtenor ist seiner Meinung nach der Gedanke, dass zuviel Verkehr auf Norderney herrscht, jedoch im Ausschuss nach Lösungen gesucht wird, diesen statt zu reduzieren zu legalisieren. Diese Denk- und Handlungsweise wird – so BG Visser – dem Tourismus auf Norderney langfristig großen Schaden zufügen, zumal andere Inseln damit Werbung machen, dass dort keine Pkw fahren dürfen. Trotzdem sei dort aber auch die Versorgung und der Betrieb des Handwerks gewährleistet. Auf Norderney sei dagegen die vorherrschende Ansicht, dass der Andere, der eine bestimmte Fahrerlaubnis hat, diese nicht unbedingt haben müsse, aber auf die eigene Genehmigung angesprochen, diese für unverzichtbar halte. Zum Thema NC-Bus gibt er zu bedenken, dass dieser seinerzeit kaum genutzt wurde, aber Kosten in sechsstelliger Höhe verursacht haben. Insofern hält er den 12 Punkte-Plan für überarbeitungsbedürftig.

Deshalb sieht es BG Visser als gemeinsame Aufgabe von Ausschüssen und entscheidenden Gremien an, einer weiteren Expansion des Verkehrs entgegenzuwirken, auch auf die Gefahr hin, dass Bürger Handwerksbetriebe oder auch Kurgäste teilweise auf ihre bestehenden Legitimationen verzichten müssten. BM Salverius stimmt in einigen Punkt BG Visser zu. Im Folgenden erläutert er zu einigen Punkten des Antrags, warum diese unmöglich realisierbar sein werden, Beispiel: die Einstellung von Mitarbeitern zur Überprüfung des ruhenden Verkehrs, die sich sozusagen selbst finanzieren. Dies ist unmöglich.

Auch das Thema NC-Bus ist für ihn ein Problem in der Form, wie die FWN sich eine mögliche erweiterte Nutzung vorstellt.

PHK von der Osten erhält das Wort und erklärt, dass die Vergabepaxis von Ausnahmege-  
nehmigungen in der Verwaltung bei der Polizei auf Unverständnis stößt, d.h. aus der Sicht der  
Polizei seien viele erteilte Genehmigungen gar nicht nötig. Als Beispiel nennt er einen Betrieb  
mit zwei roten Plaketten, die insgesamt 6 Fahrzeuge zum Fahren berechtigen – darunter auch  
private Fahrzeuge. Dies stößt bei der Polizei auf Unverständnis. Ebenso das Kriterium „zur  
Ausübung des Berufes“ wirft für ihn die Frage auf, wann diese Ausübung beginnt und wann  
sie endet.

Des Weiteren bringt PHK von der Osten die Verstöße der Gäste gegen die Auflagen zur Spra-  
che. Er räumt ein, dass darunter auch einige schwarze Schafe sind, die sich als Urlauber ab-  
sichtlich dumm stellen und einfach fahren, aber eine Vielzahl der Gäste seiner Meinung nach  
unwissentlich gegen die Auflagen verstoßen, weil sie schlecht geleitet werden. Er nennt als  
Beispiel das Faltblatt „Mit dem Auto auf Norderney“, was angeblich nicht mehr ausliegt bzw.  
auf der Fähre verteilt wird. Dem wird allerdings widersprochen.

Er schlägt vor, genauer zu kontrollieren, wer wirklich eine Genehmigung benötigt, des Weite-  
ren für die Gäste eine genauere Beschilderung vorzunehmen.

RM Harms greift noch einmal den Antrag von der FWN auf und bezeichnet ihn als Diskussi-  
onsgrundlage für weitere Planungen. Ein Beschluss kann seiner Ansicht nach hier und heute  
nicht gefasst werden, aber es seien gute Gedankenansätze enthalten, z. B. die Erweiterung der  
Fußgängerzonen auf die Friedrichstraße, Schmiedestraße und den Herrenpfad.

2. stv. BM Plavenieks verweist auf die Umbaumaßnahmen am Norddeicher Fähranleger und  
die zukünftige B72. Die neuen Verkehrsführungen zur Küste würden nun einmal Fahrzeuge  
nach Norderney bringen. Vor dieser Tatsache darf man nicht die Augen verschließen: auf  
Norderney wird auch in Zukunft Autoverkehr herrschen. Er vertritt die Auffassung, dass man  
auf Norderney damit umgehen und auch in diese Richtung planen muss. Eine Verbannung des  
Autos von der Insel wird nach seiner Meinung keinesfalls jemals stattfinden.

BG Vollmer greift noch einmal die Argumente von BG Visser auf und unterstützt diese. Des  
Weiteren stellt er den Antrag, die Weihnachtsverkehrssperre (hier: 29.12.2008 bis  
04.01.2009) wieder einzuführen und bittet um sofortige Abstimmung. Das Ergebnis dieser  
Abstimmung sind 4 Ja-Stimmen, 2-Nein-Stimmen und eine Enthaltung.

RM Pohl schlägt vor, sich noch einmal mit den ansässigen Busunternehmern an einen Tisch  
zu setzen, um über den NC-Bus oder einen „Bürgerbus“ zu diskutieren.

BG Vollmer verweist zum Schluss auf „die kurzen Wege“ auf unserer Insel, d.h. es muss  
nicht jeder Weg mit dem Auto zurückgelegt werden. Außerdem würden sich die Fußgän-  
ger/Urlauber die Straßen in den Sommermonaten ohnehin bereits „erobern“,  
so dass Bereiche wie die Friedrichstraße bereits zur Fußgängerzone gemacht würden.

BM Salverius verliest zum Abschluss ein Statement zum Thema insularer Autoverkehr (siehe  
Anlage).

## **5. Mitteilungen der Verwaltung**

Keine Mitteilungen der Verwaltung.

## **6. Anträge und Anfragen**

a) Vorsitzender Wehlage fragt, wie weit das Wegeführungskonzept ist. AV Ulrichs antwortet, dass das Konzept bei der GLL liege. Es wurde ein Förderantrag gestellt und er erwarte in den nächsten 14 Tagen eine Nachricht.

b) Eine weitere Frage des Vorsitzenden ist, wann die Arbeitsgruppe Parkraum sich das nächste Mal zusammenfindet. BM Salverius gibt zur Antwort, dass die betreffenden Personen sich noch einmal zusammenfinden wollten; er erwarte nach dieser Zusammenkunft ein entsprechendes Signal von der Arbeitsgruppe. Die Verwaltung sagt zu, den Arbeitskreis einzuladen.

c) Ferner spricht er daraufhin noch einen Punkt an, den man seiner Ansicht nach im Auge behalten sollte, nämlich die Verkehrsanbindung durch die Bundesbahn. Hier sollte man gemeinsam mit anderen Institutionen und Körperschaften in dieser Region der geplanten Einschränkung des IC-Verkehrs entgegenwirken.

## 7. Einwohnerfragestunde

a) RM Bakker-Dinkla fragt nach ihrem Antrag, der von den Grünen eingereicht wurde. Dieser behandelte die Einführung von Feinstaubplaketten. Dieser wurde vergessen. Der Vorsitzende schlägt vor, darüber zu einem späteren Zeitpunkt im Verwaltungsausschuss oder in der nächsten Ausschusssitzung zu diskutieren. Er bittet darum, sein Versehen zu entschuldigen.

b) Herr Saathoff fragt, ob in dieser Ausschusssitzung zum Thema Verkehrsproblematik auf Norderney dem Kurgast weitergeholfen wurde oder ob man nur einem gewissen Lobbyismus nachgekommen sei. Nachdem die Frage an niemanden direkt gerichtet wurde, schlägt BM Salverius vor, dass Jeder für sich darüber nachdenken sollte; die Antwort sei nicht schwer zu finden...

c) Des Weiteren stellt er die Frage, warum an der Meierei eine Querung für die Reiter geschaffen wird, aber keine für Fußgänger.

Herr Andretzke möchte wissen, warum im Bereich ab der Meierei keine Maßnahme zur Geschwindigkeitsbegrenzung in die Planungen aufgenommen wurde, bzw. ob es dem Gremium nicht möglich sei, eine andere geeignete Möglichkeit zu einer wirklichen Geschwindigkeitsbegrenzung zu finden.

Der Vorsitzende äussert dazu, dass dies vom Ausschuss in der Abstimmung wohl nicht eine so hohe Priorität eingenommen hat. BM Salverius fügt hinzu, dass er den Sinn der Frage eigentlich nicht verstehe, denn im gesamten ersten Teil wurde diese Thematik eingehend diskutiert. Ferner sei es die Intention, eine Verbindungsstraße zu erstellen und keinen Hindernis-Parcours.

d) Herr Saathoff fragt nach, warum ein gastronomischer Pachtvertrag vom Staatsbad gekündigt wurde. Ist der Grund eine Verfehlung des Pächters gewesen oder eine persönliche Animosität des Verpächters gegenüber dem Pächter vor.

Der BM Salverius erwidert, dass dieser Ausschuss nicht das richtige Gremium für die Frage ist, nennt aber dennoch als Grund für die Kündigung, dass das besagte langjährige Pachtverhältnis neu gestaltet werden soll.

e) Herr Däeglau fragt nach, ob der Antrag der Grünen in Bezug auf die Einführung einer Feinstaubplakette ernst gemeint sei, weil dies seiner Meinung nach schwer bis gar nicht realisierbar ist. BM Salverius erläutert, dass es sich nicht um ein Projekt wie in Hannover handeln


würde, sondern dass vielmehr mit Hilfe der Euro-Normen ein Raster erstellt werden kann, wer auf der Insel eine Fahrerlaubnis erhält für sein Fahrzeug, wobei sich ältere Fahrzeuge mit entsprechendem Schadstoffausstoß natürlich schlechter stellen würden.


f) Herr Bodenstab fragt, ob sich in absehbarer Zeit an der Verkehrsführung Am Wasserturm etwas ändern werde oder ob erst weitere Beratungen stattfinden werden. Letzteres wird der Fall sein.

g) Ein Einwohner der Nordhelmsiedlung fragt nach, ob das Teilstück Richthofenstraße zwischen Waldweg und Birkenweg auch saniert werden soll. Dies wird verneint.

h) Herr Saathoff möchte wissen, wofür und in welcher Höhe das Staatsbad weitere Darlehen aufgenommen hat. BM Salverius erwidert, dass damit teilweise das Bauprojekt Conversationshaus vorfinanziert werden soll, was nicht aus Kassenkrediten machbar ist.

i) RM Pohl fragt nach, ob eine Verbesserung der Reitwege angedacht ist. BM Salverius entgegnet, dass vor einiger Zeit diesbezüglich schon ein Versuch unternommen wurde. Dieser scheiterte jedoch wegen fehlender Mitwirkung der Reiter, so dass die Verwaltung derzeit keine Veranlassung sehe, in dieser Angelegenheit erneut tätig zu werden.

  
\_\_\_\_\_  
Vorsitzender  
(Wehlage)

  
\_\_\_\_\_  
Bürgermeister  
(Salverius)

  
\_\_\_\_\_  
Protokollführer  
(Bohlen)



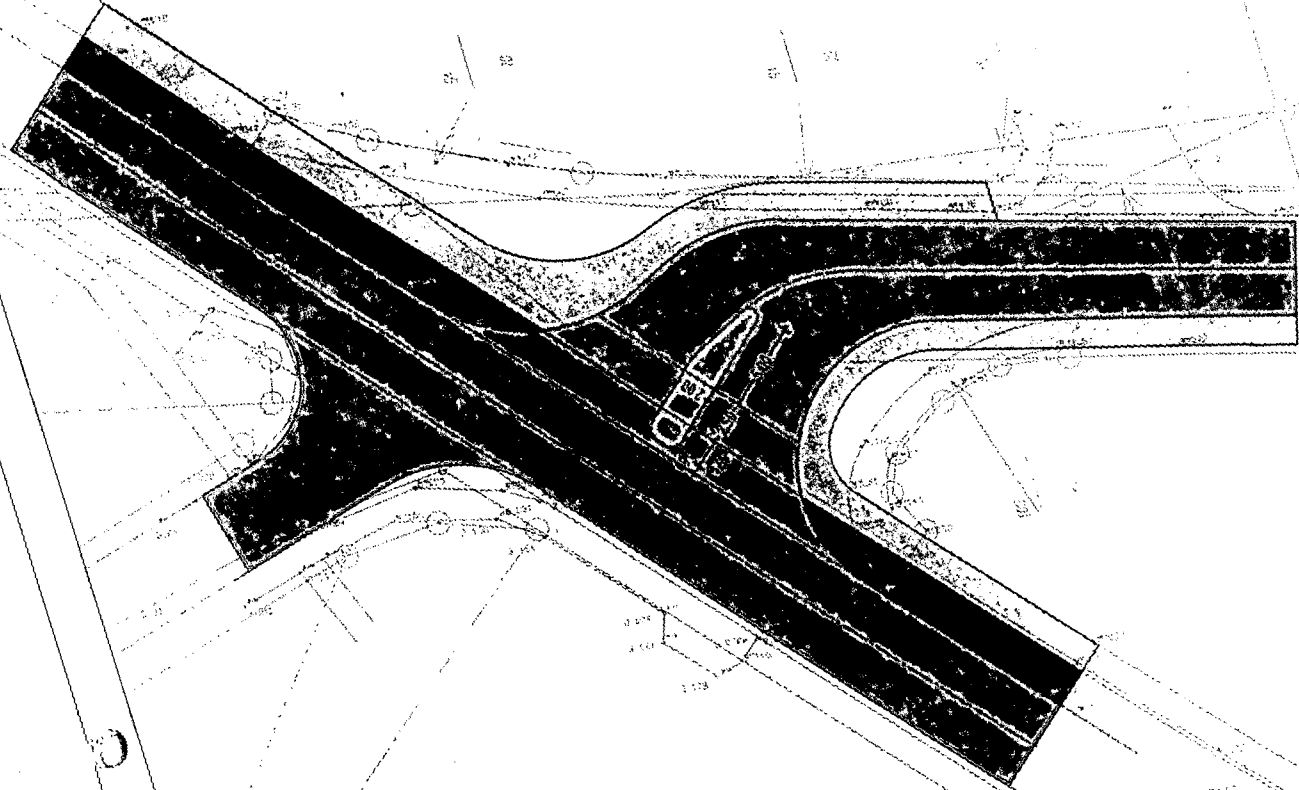
Variante A

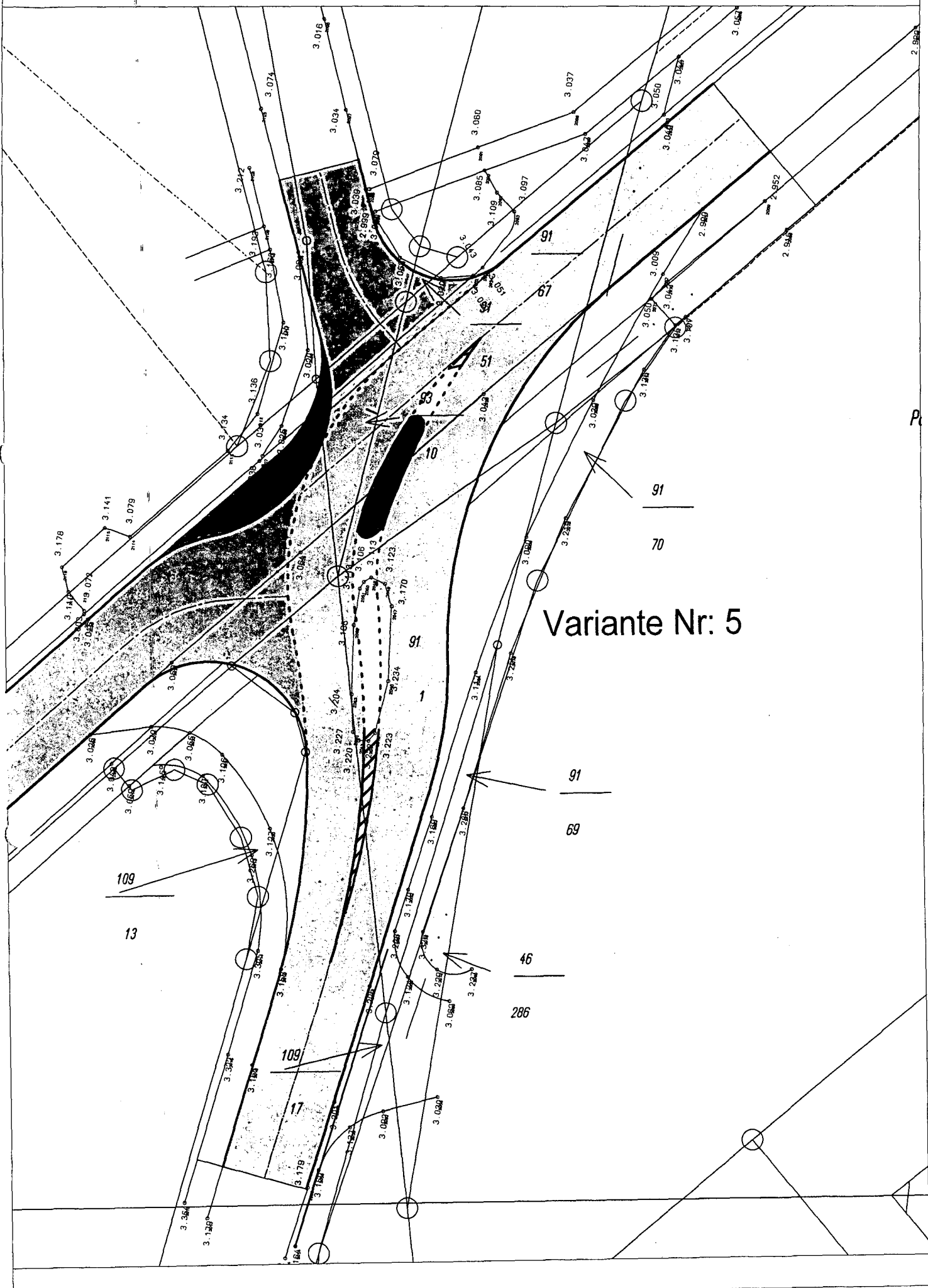
21/10/1988

0.125

0.100

0.125





Variante Nr: 5

P

# Freie Wählergemeinschaft Norderney (FWN)

Oderstr. 29. 26548 Norderney. Tel.: 04932/81129.

eMail: [info@fw-norderney.net](mailto:info@fw-norderney.net)

An den  
Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr  
Z.H. Ausschussvorsitzenden Stefan Wehlage  
und  
alle Ausschussmitglieder

## Antrag der FWN zur Verkehrsregelung auf Norderney

Die Freie Wählergemeinschaft Norderney bittet den WTV-Ausschuss darum, nach entsprechenden Recherchen und Auswertung der Rückmeldungen aus der Bevölkerung zur Verkehrsregelung auf Norderney über folgende Beschlussempfehlung zur Weitergabe an die übergeordneten Gremien (VA und Rat) abzustimmen:

1. Eine generelle Öffnung der Innenstadt außerhalb der Saisonsperre für alle Autofahrer zu festen Kernzeiten am Vor- und Nachmittag wird abgelehnt. Die Zone 1 muss auch weiterhin **während der Saisonsperre** für den privaten Verkehr gesperrt bleiben. Damit man dem **besonderen Kurortcharakter** dieses Bereiches gerecht wird, soll sie sich von der Winterstraße als Schnittgrenze bis zum Westkopf der Insel erstrecken. Dort wohnende Einwohner, die einen Stellplatz nachweisen können, erhalten nach wie vor eine sog. „Schlauchgenehmigung“ (gelb). Die Belange der Handwerkerschaft und des Handels werden weiterhin mit der Erteilung der roten/gelben Ausnahmegenehmigungsplakette bedacht. Bei abendlichen Veranstaltungen, die ja wegen der Ausdehnung der Hauptsaison bis in das Winterhalbjahr hineinreichen, könnte mit einen veranstaltungsbezogenen Zeitfenster gearbeitet werden. Die Ausweitung des NC-Busverkehrs wäre eine überlegenswerte Alternative.
2. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung muss eine möglichst lückenlose Kontrolle und Überwachung des Verkehrs im Innenstadtbereich stattfinden. Besonderes Augenmerk hat dem ruhenden Verkehr (Parkverbote) sowie vor allem dem **oft beklagten Missbrauch** der erteilten individuellen und gewerblichen Ausnahmegenehmigungen zu gelten. Dazu sind zusätzliche Ordnungskräfte einzustellen, die sich im Rahmen ihrer Tätigkeit und über die Einnahmen für die erteilten Ausnahmegenehmigungen finanzieren ließen. Bei der Wiedervergabe oder Neuerteilung der roten und gelben Plaketten muss ein restriktiver Gebrauch erfolgen, der sich ausschließlich auf die **wirklichen betrieblichen und privaten Notwendigkeiten** beschränkt. Es wird empfohlen, die Leitung der örtlichen Polizeidienststelle zur Hebung der allgemeinen Verkehrsdisziplin um eine kontinuierliche Überwachung der Einhaltung der Geschwindigkeitsbeschränkungen (Schritttempo oder 30 km/h) zu bitten.
3. Die generelle Ausweitung der Verkehrssperre auf das ganze Jahr auch im Bereich einer Zone 2 (östlich Winterstraße bis zur Mühlenstraße) findet nicht statt, da es sich um ein

Mischgebiet handelt, in dem ohnehin Wohnen und Vermieten vorherrscht. Die vorhandene Verkehrsregelung wird beibehalten.

4. Der ÖPNV ist auszubauen. Ein preiswerter oder kostenfreier NC-Ringbusverkehr (über dessen Finanzierung noch nachzudenken ist) soll mit zeitlicher Ausdehnung bis max. 24.00 Uhr zur Verbesserung des Einwohner- und Gästeangebots beitragen.

5. Zur Entzerrung des Durchgangsverkehrs auf der Jann-Berghaus-Straße in die Beneke-, Garten- und Marienstraße wird die Kreuzung Mühlen-/Jann-Berghaus-Straße auch während der Saisonsperre wieder für den abfließenden Verkehr geöffnet. **Außerhalb der Saisonsperre und der Lärmschutzfristen ist sie wieder in beide Richtungen zu öffnen.**

6. Die Zufahrten in den Stadtkern sollen über die Garten-, Feldhausen-, Janus- und Weststrandstraße erfolgen.

7. Zur Verkehrsentlastung dürfen der Onnen-Visser-Platz und die Gartenstraße in beide Richtungen befahren werden.

8. Die Maybach- und die Langestraße sind von der Winterstraße aus für den östlich abfließenden Verkehr als Einbahnstraßen auszulegen.

9. Zur Verminderung des Verwaltungsaufwandes bei der Vergabe der Ausnahmegenehmigungen und der Erhebung von Gebühren soll eine Ausstellung gleich für zwei oder drei Jahre erfolgen. Sie sind unter Widerrufsvorbehalt oder Rücktritt bei Wegfall der Voraussetzungen oder bei zweimal pro Jahr festgestelltem Missbrauch zu erteilen.

10. Da hier ein erhöhtes Verkehrsaufkommen nicht zu erwarten ist, sollen die Zufahrt zum Parkplatz am Wasserturm ganzjährig und ohne Einschränkungen gestattet werden, ebenso wie die am Mühleneck/An der Mühle, da es sich hier um reine Wohngebiete handelt.

11. Eine Ausweitung der Kfz-Verkehrssperre auf die Nordhelmsiedlung wird abgelehnt, da dieser Ortsteil durch die Stadtrandlage gerade für ältere Personen und Familien mit Kindern höchst attraktiv ist. Die angedachten Investitionen zur Verschönerung der Nordhelmsiedlung sollen durch Schaffung von Spielstraßen jedoch auch einer wesentlichen Verkehrsberuhigung dienen.

12. Für die Straßenreinigungs- und Müllentsorgungsfahrzeuge in den Zonen 1 und 2 gelten die nächtlichen Verkehrsruhezeiten bis 08.00 Uhr morgens.



(Manfred Plavenieks)